

Mitteilung an die Anleger

des **Anlagefonds „FERI Sustainable Quality“**  
(ein vertraglicher Anlagefonds schweizerischen Rechts Art „Effektenfonds“)

Die LLB Swiss Investment AG, Zürich, als Fondsleitung, mit Zustimmung der Basler Kantonalbank, Basel, als Depotbank, beabsichtigt, nachfolgende Änderungen im Fondsvertrag des Anlagefonds, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA, wie folgt vorzunehmen.

**1. Änderung des Fondsvertrages**

**1.1. Anlagepolitik (§ 8 Ziff. 2)**

Die Formulierung der Nachhaltigkeitspolitik im Anlagefonds wurde überarbeitet. Zudem wurde ein Umweltziel eingefügt. Der Absatz zur Nachhaltigkeit in der Vermögensverwaltung im § 8 Ziff. 2 lautet neu wie folgt:

Im Portfoliomanagement wird mit einer Kombination aus Ausschlüssen sowie einem Positive-screening-Ansatz von umweltbezogenen („E“ für „Environment“), sozialen und ethischen („S“ für „Social“) Kriterien, sowie Kriterien guter Unternehmensführung („G“ für „Governance“) - zusammen „ESG“ – eine nachhaltige Anlagestrategie verfolgt. Das Nachhaltigkeitsziel definiert sich durch Investitionen in Vermögenswerte, deren Wirtschaftstätigkeit keinen wesentlichen Schaden in den Bereichen Umwelt und Gesellschaft verursacht und die gleichzeitig eine verantwortungsvolle Unternehmensführung vorweisen.

Nach Abzug von Bankguthaben und Devisentermingeschäften müssen zu jeder Zeit mindestens 65% der Vermögenswerte des Fonds in als nachhaltige Investitionen geltende Vermögenswerte gemäss nachfolgendem Abschnitt investiert sein. Zur Bestimmung des Anteils werden Ausschlusskriterien angewendet und nach einem von FERI (Schweiz) AG eigens entwickelten SDG-Score ermittelt, der aus 5 Prüfschritten besteht. Nur wenn alle 5 Prüfschritte durchlaufen sind und die Investition alle Vorgaben, Kriterien und Schwellenwerte erfüllt hat, darf sie nach der FERI-Methodologie als „nachhaltige Investition“ bezeichnet werden.

Die verbleibenden Vermögenswerte (max. 35%) erfüllen mindestens die FERI-interne Nachhaltigkeits-Mindestrichtlinie (Prüfschritt 1).

Alle im Fonds gehaltenen Vermögenswerte erfüllen jederzeit die Ausschlusskriterien von SVVK-ASIR.

Die Methodik besteht aus zwei Grundsäulen (Ausschlüsse und Positive-Screening-Ansatz), die zusammen das Ziel anstreben, Unternehmen auszuwählen, die im Einklang mit globalen Normen stehen, ein insgesamt geringes ESG-Risiko aufweisen (und/oder sich auf einem Verbesserungspfad befinden), und möglichst eine positive Ausrichtung auf die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung aufweisen.

Zunächst werden die Empfehlungen zum Ausschluss der SVVK-ASIR (Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen) berücksichtigt (Ausschlüsse). Damit werden Anlagen in Hersteller von kontroversen Waffen ausgeschlossen. Bei den ausgeschlossenen Unternehmen bzw. Emittenten aus dem Rüstungssektor handelt es sich um Firmen, deren Produkte gegen Schweizer Gesetze und international anerkannte Konventionen verstossen, namentlich die Ottawa- und Oslo-Konventionen sowie dem internationalen Atomwaffensperrvertrag. Diese von der Schweiz ratifizierten Abkommen verbieten Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Vertrieb von Streumunition, Anti-Personenminen und Nuklearwaffen. Alle Unternehmen, deren Titel vom Fonds gehalten werden, unterliegen diesem Ausschlusskonzept. Weitere Informationen zur SVVK-ASIR sind auf deren Website <https://www.svvk-asir.ch/ueber-uns/> zu finden.

In einem zweiten Schritt bewertet der SDG-Score die nach den Ausschlüssen verbleibenden Gesellschaften mit dem Ziel diese als nachhaltig geltende Anlagen zu klassifizieren. Der Prüfprozess ist grundsätzlich in zwei Ebenen unterteilt: eine Risikoprüfungs-Ebene und eine Wirkungsprüfungs-Ebene.

Innerhalb der Risikoprüfung werden neben der regulatorisch erforderlichen Schadensprüfung (DNSH-Test) auch FERI spezifische Mindestkriterien angewendet und eine umfangreiche proprietäre Bewertung der ESG-Profile der Investitionen durchgeführt (ESG-Score).

Die Wirkungsprüfung besteht aus zwei Faktorenmodellen, bei denen wirkungsbezogene Informationen der Zielinvestitionen von zwei unterschiedlichen Datenanbietern geprüft und angewendet werden.

Anteilsgewichtet errechnet sich dann der Gesamtanteil nachhaltiger Investitionen im Fonds, wobei jeweils die gesamte Investition in ein Unternehmen bzw. Emittent, welche als „Nachhaltiges Investment“ qualifiziert, angerechnet wird.

Wird in Zielfonds investiert, die ausschliesslich "Ausschluss" oder "ESG-Integration" als Nachhaltigkeitsansatz anwenden, so qualifizieren diese nicht als Zielfonds mit Nachhaltigkeitsbezug. Zielfonds ohne Nachhaltigkeitsbezug werden der obigen 10% Limite bezüglich "Investitionen mit den geringsten Nachhaltigkeitskriterien") zugerechnet.

Zudem wird das nachfolgende Umweltziel (Klima-Ausrichtung) verfolgt. Nach Abzug von Bankguthaben und Devisentermingeschäfte müssen zu jedem Zeitpunkt mindestens 32,5% der Vermögenswerte des Fondsvermögens (anteilsgewichtet) in Unternehmen investiert sein, die gemäß der FERI-Methodologie zur Bestimmung "nachhaltiger Investments" als nachhaltig eingestuft sind und darüber hinaus über ein von der Science Based Targets Initiative verifiziertes Ziel verfügen, das mit dem Übereinkommen von Paris, dem "Pariser Klimaabkommen", vereinbar ist.

Im Prospekt ist eine umfassendere Beschreibung zu diesen angewandten ESG-Ansätzen zu finden.

## **1.2. Vergütungen und Nebenkosten zulasten des Fondsvermögens (§ 19 Ziff. 4)**

In Anpassung an die Entwicklungen des Marktes und zwecks Erhöhung der Rechtssicherheit wurde in der revidierten Kollektivanlageverordnung (KKV) die Bestimmung bezüglich der Nebenkosten ergänzt, die dem Fondsvermögen belastet werden können.

In Anlehnung an die revidierte Kollektivanlageverordnung (KKV) werden in Ziff. 4 die folgenden Ergänzungen bzw. Präzisierungen vorgenommen:

In Bst. a) wird u.a. klargestellt, dass auch die Kosten von Absicherungsgeschäften unter die Kosten im Zusammenhang mit dem An- und Verkauf von Anlagen fallen.

In Bst. d) wird klargestellt, dass auch die Honorare für Prüfungen erfasst sind, die nicht jährlich erfolgen. Bescheinigungen im Rahmen der Prüfung fallen auch unter diese Bestimmung.

In Bst. g) werden neu auch die Übersetzungskosten erwähnt.

In der neuen Bst. l) werden die Kosten für die Registrierung oder Verlängerung des Identifikators eines Rechtsträgers (Legal Entity Identifier, LEI) bei in- und ausländischen Registrierungsstellen als dem Fondsvermögen belastbare Nebenkosten aufgenommen.

In der neuen Bst. m) werden die Gebühren für die Kosten für den Einkauf und für die Nutzung von Daten und Datenlizenzen aufgenommen, soweit sie der dem Fonds zugerechnet werden können und keine Recherchekosten darstellen.

In der neuen Bst. n) werden die Kosten und Gebühren für die Nutzung und Überprüfung von unabhängigen Gütesiegeln (Labels) aufgenommen.

Die Ziff. 4 lautet neu deshalb wie folgt:

Fondsleitung und Depotbank haben ausserdem Anspruch auf Ersatz der folgenden Auslagen, die ihnen in Ausführung des Kollektivanlagevertrages entstanden sind:

- a) Kosten im Zusammenhang mit dem An- und Verkauf von Anlagen einschliesslich Absicherungsgeschäften, namentlich marktübliche Courtagen, Kommissionen, Abrechnungs- und Abwicklungskosten, Bankspesen, Steuern und Abgaben, sowie Kosten für die Überprüfung und Aufrechterhaltung von Qualitätsstandards bei physischen Anlagen;

- b) Abgaben der Aufsichtsbehörde für die Gründung, Änderung, Liquidation, Fusion oder Vereinigung des Anlagefonds;
- c) Jahresgebühr der Aufsichtsbehörde;
- d) Honorare der Prüfungsgesellschaft für die Prüfung sowie für Bescheinigungen im Rahmen der Gründung, Änderungen, Liquidation, Fusion oder Vereinigung des Anlagefonds;
- e) Honorare für Rechts- und Steuerberater im Zusammenhang mit der Gründung, Änderungen, Liquidation, Fusion oder Vereinigung des Anlagefonds sowie der allgemeinen Wahrnehmung der Interessen des Anlagefonds und seiner Anleger;
- f) Kosten für die Publikation des Nettoinventarwertes des Anlagefonds sowie sämtliche Kosten für Mitteilungen an die Anleger, die nicht einem Fehlverhalten der Fondsleitung zuzuschreiben sind, einschliesslich der Übersetzungskosten;
- g) Kosten für den Druck und die Übersetzung juristischer Dokumente sowie der Jahres- und Halbjahresberichte des Anlagefonds;
- h) Kosten für eine allfällige Eintragung des Anlagefonds bei einer ausländischen Aufsichtsbehörde, namentlich von der ausländischen Aufsichtsbehörde erhobene Kommissionen, Übersetzungskosten sowie die Entschädigung des Vertreters oder der Zahlstelle im Ausland;
- i) Kosten im Zusammenhang mit der Ausübung von Stimmrechten oder Gläubigerrechten durch den Anlagefonds, einschliesslich der Honorarkosten für externe Berater;
- j) Kosten und Honorare im Zusammenhang mit im Namen des Fonds eingetragenen geistigen Eigentum oder mit Nutzungsrechten des Fonds;
- k) alle Kosten, die durch die Ergreifung ausserordentlicher Schritte zur Wahrung der Anlegerinteressen durch die Fondsleitung, den Vermögensverwalter kollektiver Kapitalanlagen oder die Depotbank verursacht werden;
- l) Kosten für die Registrierung oder Verlängerung des Identifikators eines Rechtsträgers (Legal Entity Identifier) bei in- und ausländischen Registrierungsstellen;
- m) Kosten und Gebühren für den Einkauf und die Nutzung von Daten und Datenlizenzen, soweit sie dem Anlagefonds zugerechnet werden können und keine Recherchekosten darstellen;
- n) Kosten und Gebühren für die Nutzung und Überprüfung unabhängiger Label.

## 2. Formelle und redaktionelle Änderungen

Im Weiteren werden beim eingangs erwähnten Fonds verschiedene formelle und redaktionelle Änderungen vorgenommen, die die Interessen der Anleger nicht tangieren und daher in dieser Publikation nicht im Detail beschrieben werden.

In Übereinstimmung mit Art. 41 Abs. 1 und Abs. 2<sup>ter</sup> i.V.m. Art. 35a Abs. 1 KKV werden die Anleger darüber informiert, dass sich die Prüfung und Feststellung der Gesetzeskonformität der Änderungen der Fondsverträge durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA auf sämtliche in dieser Veröffentlichung aufgeführten Änderungen erstreckt.

Wir weisen die Anleger darauf hin, dass sie gegen die oben dargelegten Fondsvertragsänderungen innert 30 Tagen seit dieser Veröffentlichung bei der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA, Laupenstrasse 27, CH-3003 Bern, Einwendungen erheben oder die Auszahlung ihrer Anteile gemäss den Rücknahmebestimmungen der kollektiven Kapitalanlage in bar verlangen können.

Die Änderungen im Wortlaut, die aktuelle Fassung des Prospekts mit integriertem Fondsvertrag, die Wesentlichen Informationen für Anlegerinnen und Anleger sowie die letzten Jahres- und Halbjahresberichte können kostenlos bei der Fondsleitung bezogen werden.

Zürich, 18. September 2024

**Die Fondsleitung:**

LLB Swiss Investment AG, Zürich

**Die Depotbank:**

Basler Kantonalbank, Basel